Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 80 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Dienstag, den 10. Dezember 1918 — Nummer 47

Lloyd George über den Frieden.

Die Friedensbedingungen.

London, 9. Dezember. (Reuter.) In einer Versammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen: Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muß ein gerechter Friede sein; die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht; denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen. (?) Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich; ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein. Wir dürfen keine neue elsaß-lothringische Frage haben, aus dem einfachen Grunde, weil wir nur den Fehler Deutschlands wiederholten, was in 50 Jahren das Schicksal Deutschlands werden würde. Der Friede muß streng gerecht und billig sein. Die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist um so notwendiger, je höher sie stehen. Ohne sie wäre es nicht zum Kriege gekommen. Unser Urteil muß derart ausfallen, daß Könige, Kaiser und Kronprinzen für alle Ewigkeit wissen, daß, wenn sie Verruchtheiten dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird.

Lloyd George fuhr fort: Aber das deutsche Volk, das im Kriege sich gut gehalten hat, das mit voller Begeisterung in den Kampf zog, und das jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihm zuteil geworden wäre, muß auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft einen Krieg anfangen dürfen. Ferner müssen wir bei der Festsetzung der Friedensbedingungen darauf sehen, daß der Bestand von Riesenheeren, die zum Kriege verleiten, und die Herrscher in Versuchung bringen können, hinfort nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Friede auf Erden herrschen soll, darf es in Europa keine großen Heere geben. Ich bin ein Anhänger des Völkerbundes, weil er ein Mittel darstellt, eine Kriegserklärung zu erschweren.

Auf eine Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgestoßen werden sollten, sagte Lloyd George: Ich kann der Fragestellerin versichern, daß auch die Männer darauf achten werden. Ich habe wiederholt gesagt, daß nach meiner Ansicht diese Leute die Gastfreundschaft mißbraucht haben, und daß man ihnen nicht eine zweite Gelegenheit geben darf, dies zu tun.

Die Abrüstung.

London, 9. Dezember. (Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Imperialistische Geheimverträge der Entente?

Nach dem Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" verlangt die radikale englische Wochenschrift „Nation" definitive Aufklärung darüber, ob die Geheimverträge der Alliierten (mit Ausnahme der russischen) noch zu Recht bestehen. Die Besorgnis sei gerechtfertigt, daß sie nicht tot seien. Nach diesen Geheimverträgen würde Frankreich das linksrheinische Ufer und die Zustimmung zur Bildung eines Pufferstaates auf dem rechten Rheinufer erhalten, Italien große Stücke rein slawischen Gebietes. Poincaré und Sonnino, die bei diesen Abmachungen die Hauptrolle gespielt hätten, seien noch immer im Amte und keiner von beiden habe bisher erklärt, daß die Verträge nicht mehr in Kraft seien. Es gehe nicht an, diese Frage jetzt mit der Begründung unbeachtet zu lassen, daß sie auf der Friedenskonferenz geregelt werden würde, denn die Schaffung von vollendeten Tatsachen sei in der europäischen Politik sehr beliebt und die Schwierigkeit, sie hinterher wieder ungeschehen zu machen, sei in der europäischen Geschichte eine bekannte Erscheinung.

Reichsversammlung der A.- und S.-Räte.

Amtlich wird bekannt gegeben:

Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegierten-Versammlung vom 16. Dezember folgende vor:

1. Bericht des Vollzugsrats.
   Berichterstatter: Richard Müller.
   Bericht der Volksbeauftragten.
   Berichterstatter wird noch bestellt.
2. Nationalversammlung oder Rätesystem.
   Referent: Cohen.
   Korreferent: Däumig.
3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens.
   Referent: Hilferding.
   Korreferent: Wird noch bestellt.
4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik.
   Referent: Ledebour.
5. Wahl des Vollzugsrats der Republik.

Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vollzugsrats, Abgeordnetenhaus, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Frontsoldaten — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsenden darf.

Der Vollzugsrat
des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.
Rich. Müller. Molkenbuhr.

Die russische Delegation.

Der Soldatenrat in Kowno hatte den Delegierten der russischen Sowjet-Republik, Radek, Joffe u. a., die sich nach Deutschland begeben wollten, um an der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte teilzunehmen, an der Einreise nach Deutschland gehindert. Der Rat der Volksbeauftragten hat den Delegierten telegraphisch mitgeteilt, daß bei der Lage Deutschlands die Delegierten ersucht werden müßten, von der Einreise Abstand zu nehmen.

Der Rat der Volksbeauftragten hat nur unter dem äußersten Druck der Verhältnisse gehandelt, als er an die russischen Genossen appellierte, von der Einreise nach Deutschland Abstand zu nehmen. Angesichts der übermächtigen Stellung der Entente konnte und durfte er nicht die Verantwortung übernehmen, daß infolge der Einreise der russischen Genossen die Friedensaussichten verschlechtert würden.

Internationale Solidarität.

Mit großer Verspätung kommt über die Schweiz das folgende Telegramm unserer italienischen Genossen:

Deputierter Haase, Berlin, Reichstag.

Die sozialistische Fraktion der italienischen Kammer beglückwünscht Sie, daß Sie im gestrigen Reichstag mit seiner Eloquenz dem internationalen sozialistischen Gedanken Ausdruck gaben. Wir spenden Beifall dem Vorgehen der unabhängigen sozialistischen Partei, trotz der Hinterhältigkeit, der Heuchelei, die ihr entgegenstehen.

Wir müssen alle Regierungen zur Ehrlichkeit zwingen und sie veranlassen, auf den Hochmut der Oligarchien, der nicht von den Völkern stammt, zu verzichten. Auf diese Weise wird der gerechte Friede nicht nur für die eine oder andere Nation geschlossen, sondern auch nachher über der Gesellschaft der Nationen stehen, bezw. die allein richtige Vereinigung des internationalen Proletariats darstellen.

Rom, 25 Oktober 1918.

Musatti,
Sekretär der italienischen Kammerfraktion

Ein bekanntes Steuerprogramm.

Wenn heute die Regierung Bethmann-Hollweg noch bestände, so würde ihr Finanzminister kaum eine andere Rede halten können, als sie heute Herr Schiffer gehalten hat.

Alle Steuern, die der Herr Reichsschatzsekretär angekündigt hat, waren schon unter dem alten Regime mehr oder weniger offiziös angekündigt. Es ist die alte Mischung von direkten und indirekten Steuern, mit denen auch alle alten Regierungen ihr Finanzprogramm bestritten haben. Von einem neuen Gedanken, von einer durchgreifenden Finanzreform ist keine Rede.

Wir sind davon nicht überrascht, wir haben nichts anderes erwartet.

Herr Schiffer ist ein ziemlich weit rechtsstehender Nationalliberaler gewesen und ist auch dasselbe geblieben. Er steht durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Weltanschauung; selbst wenn er wollte, könnte er, der alte Gegner des Sozialismus, gar nicht aus seiner Haut heraus. Herr Schiffer ist ein guter Verwaltungsjurist, in Finanzfragen nur soweit Fachmann wie jeder erfahrene Parlamentarier. Die Herren vom Reichsschatzamt arbeiten akkurat weiter, wie sie stets gearbeitet haben und das Resultat der Arbeit ist dasselbe.

Herr Schiffer hat es nicht eilig. Er schildert zwar die Finanzlage in den düstersten Farben. Diese Schwarzmalerei ist ja heute auf allen Gebieten sehr beliebt. Sie verfolgt ja sehr durchsichtige Zwecke. Die Situation wird möglichst schlimm geschildert, um dann dafür — die Revolution und ihre Behörden verantwortlich zu machen. Man spekuliert auf die Leichtgläubigkeit des Volkes, das der sozialistischen Regierung die Schuld für das Elend aufbürden soll, das der Krieg verursacht hat, oder es soll wenigstens der Eindruck geweckt werden, daß die sozialistische Regierung unfähig sei, dieses Elend zu bannen. Daher die immerwährende Panikmacherei, von der sich nur allzu viele Sozialisten einschüchtern lassen, daher auch der Widerstand, den die alte Bureaukratie radikalen und durchgreifenden Maßnahmen entgegensetzt.

Auch Herr Schiffer will nicht handeln. Er begnügt sich mit vorbereitenden Maßregeln für die Kriegssteuer, alles andere soll der Nationalversammlung überlassen werden. Da die Nationalversammlung in ihrer ersten Zeit mit den wichtigsten politischen Problemen überlastet sein wird, bleibt dem Kapital jedenfalls sehr geraume Zeit, und bis dahin hofft es auf politische Machtverschiebungen, die ihm dann auch und vor allem auf dem Gebiet der Besteuerung, zugute kommen werden.

Das liegt aber keineswegs im Interesse des Proletariats, und deshalb fordern wir von der Regierung, daß sie mit ihrer Ankündigung Ernst macht und sofort die wichtigsten Besitzsteuern in Kraft setzt.

Herr Schiffer selbst hat ja die Ordnung der Finanzen als überaus dringlich bezeichnet, er hat geschildert, wie notwendig die Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft für den Kredit und die ganze Volkswirtschaft ist, wie schwer die Ungewißheit über das Kommende auf den Erwerbskreisen lastet. Es besteht also stärkster ökonomischer Zwang zum sofortigen Eingreifen. Die Nationalversammlung wird das anerkennen und der Regierung für ihre Tat den Dank aussprechen müssen. Es steht also nichts im Wege, schon jetzt die dringendsten Besitzsteuern, vor allem die Vermögensabgabe in Kraft zu setzen.

Herr Schiffer freilich ist dafür nicht ganz der richtige Mann. Seine ganze Rede ist vom Geist der Abneigung gegen die sozialistische Neuordnung erfüllt. Deshalb verweilt er so liebevoll bei der angeblichen Verschwendung, die die Revolutionsbehörden trieben. Da muß man deutlich werden: Herr Schiffer soll nicht schwindeln!

Mag sein, daß in der ersten Verwirrung Ausgaben gemacht wurden, die zu hoch waren oder die hätten unterlassen bleiben können. Aber läßt sich das vergleichen mit der wahnwitzigen Verschwendung von Steuergeldern, die der Militarismus besonders in der Zeit der Mobilisierung, aber auch während der ganzen Zeit des Krieges getrieben

hat? Herr Schiffer schätzt die Neubelastung infolge des Krieges selbst auf 19 Milliarden Mark. Will er im Ernst behaupten, daß neben dieser Riesensumme, die den Grund für die Zerrüttung der Finanzen bildet, die paar Millionen eine Rolle spielen, die die Revolutionsorgane hätten ersparen können? Wir müssen es uns denn doch energisch verbitten, daß von Regierungsvertretern mit solchen demagogischen Mätzchen antisozialistische Stimmungsmache betrieben werde! So wenig Herr Schiffer schnelles Eingreifen will, so wenig will er eine wirklich durchgreifende Reform. Er will das alte Steuerbukett wieder auffrischen. Natürlich muß jetzt nach der Revolution der Besitzbesteuerung ein größerer Raum gewährt werden. Aber Herr Schiffer plant doch daneben auch eine Erhöhung aller indirekten Steuern, selbst der Verteuerung eines so unentbehrlichen Nahrungsmittels wie des Zuckers! Wir denken, das geht nicht und sind sehr unangenehm überrascht, daß ein Regierungsorgan solche Pläne entwickeln kann. Hier wird die Regierung schleunigst erklären müssen, wie sie selbst zu diesen Plänen sich stellt.

Auch wir wissen, daß die Sanierung der Finanzen, die die wahnwitzige Politik der Herrschenden in Grund und Boden ruiniert hat, nicht allein durch Besitzsteuern erfolgen kann. Wir sind der Meinung, daß dazu Steuermaßnahmen überhaupt nicht ausreichen. Dazu bedarf es der Umgestaltung des ganzen Wirtschaftslebens, des sozialistischen Aufbaues der Produktion, um durch Steigerung der Produktivität der Arbeit, durch Beseitigung der Anarchie, die die kapitalistische Wirtschaftsweise mit sich bringt, neue Springquellen des Reichtums zu erschließen.

Was aber Herr Schiffer über Sozialisierung gesagt hat, war ja bei aller beabsichtigten Unbestimmtheit doch ein deutliches Plaidoyer gegen die Sozialisierung. Von seinem Standpunkt aus selbstverständlich. Um so unverständlicher bleibt es, daß es ein Organ einer sozialistischen Regierung ist, das solche Ansichten vertritt.

Und deshalb meinen wir, daß die Rede des Reichsschatzsekretärs vor allem das eine beweist, daß sein Programm nicht das einer sozialistischen Regierung sein kann.

Es ist eben ein unlöslicher Widerspruch, daß eine sozialistische Politik von antisozialistischen, bürgerlichen Ministern durchgeführt werden soll. Denn um politische, nicht um technische Entscheidung handelt es sich in erster Instanz bei der Aufstellung eines Steuerprogramms. Es zeigt von politischer Naivität, anzunehmen, daß die bürgerlichen Minister in ihren Aemtern etwas anderes sein können und wollen als Vertreter des bürgerlichen Klasseninteresses. Ihre Mitwirkung bedeutet nicht Unterstützung der sozialistischen Regierung, sondern Hemmung nicht Störkung, sondern Schwächung. Denn sie bricht den einheitlichen Willen und trägt den Gegensatz in die Regierung selbst hinein.

Und deshalb wird die Notwendigkeit immer klarer: An die Spitze der Reichsämter gehören Sozialisten!

Elende Verleumder.

Die „Germania", das führende Berliner Zentrumsorgan, veröffentlicht in der heutigen Morgennummer unter der Ueberschrift „Bestochene Minister" eine Zuschrift, die an Schamlosigkeit und Gemeinheit alles übertrifft, was in diesen Tagen der infamen Pogromhetze gegen die Revolution geleistet worden ist. Unter Hinweis auf das gestern veröffentlichte Telegramm Joffes wird in dieser Zuschrift erklärt:

„Wir haben hier also den eklatanten Fall, daß Mitglieder der deutschen Regierung von einer fremden Regierung mit hohen Summen bestochen worden sind, damit auf die deutschen Truppen, also auf ihre Landsleute, geschossen werden kann. Sowohl Herr Haase als auch Herr Barth waren also bereit, unter ihren deutschen Landsleuten ein Gemetzel anzurichten und durch dieses deutsche Soldaten zugunsten ihrer Pläne hinmorden zu lassen. Eine Regierung, in der derartige Personen noch eine Stellung einnehmen, verdient nicht mehr den Namen einer deutschen Regierung. Wir erwarten, daß mit Haase, Barth und Genossen demnächst gründlich abgerechnet wird, wenn überhaupt diese Regierung darauf Anspruch erheben will, als eine deutsche Regierung anerkannt zu werden."

Als die „Germania" diese schmutzigen Anwürfe gegen die Regierung veröffentlichte, hatte sie bereits Kenntnis von den gestern verbreiteten Erklärungen der Genossen Barth und Haase, in denen die Behauptungen Joffes mit aller Entschiedenheit dementiert wurden. Trotzdem hat das fromme Zentrumsblatt die verleumderische Zuschrift veröffentlicht.

Es hat sich damit auf dieselbe Stufe gestellt, wie die Verfasser und Verbreiter der elenden Pogromflugblätter, die in den Gassen Berlins herumliegen. Es hat erneut bewiesen, daß in dem eingeleiteten Feldzug gegen die Revolution das Zentrum die Führung übernommen hat und nun mit den skrupellosesten Mitteln — mit dem Mittel der Konspiration mit dem Landesfeind ebenso wie mit dem der schamlosesten Verleumdung — gegen die Errungenschaften der Revolution zu Felde zieht.

Vielleicht wendet der „Vorwärts", der ausschließlich von der Hetze gegen Spartakus in Anspruch genommen zu sein scheint, seine Aufmerksamkeit einmal diesem Treiben des Zentrums zu! Oder verbietet ihm die Rücksicht auf Erzberger, gegen die Konterrevolutionäre des Zentrums Front zu machen?

Gegenrevolutionäre Treibereien in der Provinz.

Aus Torgau wird uns geschrieben: Das traurige Vorkommnis, das in Berlin viele Menschenleben gekostet hat, ist, wie wir mit Sicherheit feststellen können, von langer Hand durch höhere Militärs vorbereitet worden. Es steht außer jedem Zweifel, daß eine Militärkamarilla fest entschlossen ist, unter heuchlerischer Anpassung an die bestehenden Verhältnisse, die Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen.

Zu diesem Zwecke sind außer den Garderegimentern noch das Husaren-Regiment 12, das zur Zeit noch mobil ist, bestimmt gewesen, den „Einzug" in Berlin zu machen. Der Kommandeur dieses Regiments, ein Rittmeister v. Maaßen, unternahm in Torgau einen Demonstrationszug, der nach Ansicht des hiesigen U.- und S.-Rates einen Putsch einleiten sollte. Herr v. Maaßen weigerte sich kategorisch, sich dem Soldatenrat Torgau zu unterordnen. Wir mußten den äußersten Zwang anwenden, um die Angriffslust des Herrn Rittmeisters zu zügeln. Er erklärte, für ihn sei der Soldatenrat überhaupt nicht zuständig, sondern die 8. Kavallerie-Brigade Halle. Es wurde nicht nur unter den Mannschaften gehetzt, auch die Frau des Rittmeisters agitierte in gleicher Weise in Torgau in Versammlungen, in denen sie öffentlich erklärte, die Regierung habe nicht die Kraft und die Fähigkeit, das deutsche Volk zu vertreten.

Also nicht Spartakus und die Unabhängige Sozialdemokratie sind es, die angeblich einen Putsch vorbereiten, sondern die alte Militärpartei ist es, die noch immer am Werke ist, die Revolution zu stürzen, um die Gewalt wieder zu erlangen. Nur energisches Zugreifen seitens der Regierung kann die gegenrevolutionäre Gefahr von uns abwenden.

Eine Ansprache Eisners.

München, 10. Dezember. In der gestrigen ersten Sitzung des bayerischen Landesarbeiterrates wurden die Verhandlungen mit einer Ansprache des Vorsitzenden im Ministerrate Eisner eingeleitet, der u. a. ausführte, er fürchte sich nicht vor der Radikalisierung von links. Aber er fürchte, daß man zu den alten Zuständen zurückkomme, wenn auch die Revolution nicht mehr rückgängig gemacht werden könne.

Wir müssen, sagte er, zur reinen Demokratie kommen, daher mein Kampf gegen das Auswärtige Amt in Berlin. Jetzt hat man bereits das Auswärtige Amt als den Herd gegenrevolutionärer Bestrebungen entlarvt. Wir stehen vor einer Weltrevolution. Wenn man sagt, daß die Nationalversammlung die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte entbehrlich macht, so behaupte ich, es wäre noch eher eine Nationalversammlung entbehrlich als es die Arbeiterräte sind. Daß die Nationalversammlung rasch kommt, ist gut, weil dadurch eine Menge abenteuerlicher Anschauungen beseitigt wird. Es wäre ein Glück für die Nationalversammlung, wenn sie sich auf die Räte stützen könnte.

Der neue bayrische Landtag.

München, 10. Dezember. Das Ministerium des Innern hat gestern die Wahlordnung für den bayerischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird in Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 180, bisher waren es 163. Von den Abgeordneten werden 163 in einem Wahlgang in den bisherigen 133 Wahlkreisen, die als Stimmkreise gelten, auf Grund von Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl verteilt. Wenn in der Pfalz zu der angegebenen Zeit keine Wahl möglich sein sollte, kann der Landtag die bisherigen Abgeordneten als Vertreter der Pfälzer Wähler im Landtag anerkennen und durch den Präsidenten einberufen.

Die englische Besichtigungskommission in Hamburg.

Am Montag nachmittag ist die englische Besichtigungskommission auf dem Hamburger Hauptbahnhof eingetroffen und hat im Hotel Atlantik Wohnung genommen. Der Kommission sind deutscherseits zugeteilt Korvettenkapitän Lohmann vom Reichsmarineamt, mehrere Seeoffiziere, Direktor Greve vom Norddeutschen Lloyd und Direktor Morch von der Vereinigten Bugsier- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft. Die englische Kommission ist zusammengesetzt aus einem Admiral sowie drei weiteren englischen und drei französischen Marineoffizieren. Sie bleibt voraussichtlich zwei Tage hier und besichtigt die für die Instandsetzung in Frage kommenden, im Hamburger Hafen liegenden, etwa 30 englischen Handelsschiffe. Französische Schiffe liegen nicht im Hafen. Ein englischer Zerstörer wird an den St. Pauli-Landungsbrücken festmachen.

Kiel, 10. Dezember. Die deutsche Marinekommission für die Waffenstillstandsverhandlungen trifft am Mittwoch auf dem kleinen Kreuzer „Regensburg" in Kiel ein. Die britische Kommission kommt am Dienstag abend auf dem englischen Linienschiff „Herkules" in Brunsbüttel-Reede an. Das englische Geschwader läuft am Mittwoch, abends 11 Uhr, in den Kaiser-Wilhelm-Kanal ein und wird Kiel abends um 7 Uhr erreichen.

Poincaré in Straßburg.

Straßburg, 10. Dezember. (Havas.) Poincaré ist in Begleitung von Clemenceau, Dubost und Deschanel hier eingetroffen. Er wurde durch die Marschälle, die Minister, die alliierten Armeeführer und den Magistrat empfangen. Der Bürgermeister hieß ihn willkommen und überreichte ihm die Schlüssel der Stadt. Poincaré versicherte in seiner Antwort, daß Frankreich die Schlüssel Straßburgs in guter Obhut halten und sie niemals wieder von irgend jemanden nehmen lassen werde. Der Zug gelangte sodann auf den Kleberplatz, wo der Präsident eine Gruppe von Veteranen zu ihrer Anhänglichkeit an Frankreich beglückwünschte. Darauf erreichte der Zug das Rathaus. Von der Freitreppe des Rathauses hielt Poincaré eine Ansprache, in der er u. a. sagte, daß die Volksabstimmung bereits vollzogen sei. (?!) Darauf bewegte sich der Zug zur Kathedrale.

Wahlabstimmung der Sinnfeiner.

Wie aus Dublin gemeldet wird, enthält das Manifest der Sinnfeiner die Erklärung des Boykotts gegenüber dem Parlament. In gleicher Weise wie bisher werden die gewählten Sinnfeiner an den Verhandlungen des Londoner Parlament nicht teilnehmen und ihr Mandat nicht ausüben.

Wilsons Reiseprogramm.

Der „Manchester Guardian" gibt das Programm der Reise Wilsons jetzt wie folgt an: Nach der Ankunft in Brest werde der Präsident nach Paris reisen, wo er sich mit dem Obersten House beraten werde. Darauf werde er Italien besuchen und von dort nach England reisen. Dann werde er nach Paris zurückkehren. Der gesamte Aufenthalt in Europa sei auf sechs Wochen bemessen.

Die Wende.

Von Max Deri.

III.

Oskar Kokoschka.

Während revolutionäre Entwicklungen in den Künsten die stärksten Genies, wie Giotto oder Masaccio, Eyck oder Witz, gleich im Beginn der neuen Zeit als Führende an die Spitze tragen können, pflegen revolutionäre Entwicklungen in ihrem stetigen Zuge von jenen typischen Uebergangsmeistern geleitet zu werden, die, wie selbst Lionardo, in ihrem Wesen jenen Zwiespalt zeigen, der teils auf Vergangenes, teils auf Zukünftiges schaut. So hat die französische Malerei Cézanne geboren, so hat die deutsche Entwicklung, außer Hodler, noch keinen ans Licht gebracht, der sicher und bewußt schon rein die neuen Wege ginge.

Was Oskar Kokoschka, dessen Werke derzeit in schöner Auswahl im Kunstsalon Cassirer zu sehen sind, vor allen Mitstrebenden, vor Kirchner und Heckel, Meidner und Pechstein, Heckendorf und Brockhusen voraushat, ist, daß er nicht so rasch mit dem Problem „fertig" war. Er hat sich nicht bereits in den Anfängen eine bestimmte Form seines Gestaltens gebildet, die, wenn sie in noch jungen Jahren festgesetzt wird, so leicht zur „Formel", zur „Manier" werden kann. Wie langsam und wie stetig er seinen Wendeweg bisher gegangen ist, wird in dieser Ausstellung deutlich.

Das erste Bild, das er gemalt hat, der Trancespieler vom Jahre 1906, ist, objektiv-naturalistisch gesehen, noch tappendsuchend in der Form, von abgetönten Regenbogenfarben des späten Pleinairismus leise umspielt. In raschem Werden wird nun von Kokoschka als einzelnem die Entwicklung der Gesamtheit wiederholt. Der „alte Mann" (1907) furcht die Großform zu starker Zerstückung, legt den Kopf plastisch mit breiten Rillen an. Erst im Rudimentärsten ist bei diesem, im ganzen unsympathischen Bilde der Anfang der „Vergewaltigung" des Objektes durch den „persönlichen Strich" gebracht. Eine Teilreaktion führt ... „Bildnis Forels" zur feinen Farben- und Linienhaltung zurück. In stetigem inneren Anschluß an die sublimierte Anschauung hochpleinairistischer Bilder wird eine Farbfläche changierender Töne erzielt. Und so wie das Farbliche, sind auch Formales und Seelisches gefeint, und in außerordentlich rascher Entwicklung in zwei Jahren Hand und Auge zu größter Sicherheit vorgeschritten. Dünne Farbflächen und dünne Linien gehen in empfindlichster Seelenmalerei fast auf das Innere dieses Schädels, auf das Malen kultiviertester, im leisesten der Nuance beweglicher Werte ein. Die Bildnisse des Rechtsanwalts Caro, der Else Kupfer und der Frau M. bringen dann die formale Auflockerung dieser Feinform, wie der „alte Mann" die Auflockerung der Grobform des „Trancespielers" gebracht hatte. Dabei beginnt das Innerseelische der Modelle immer stärker zu sprechen; die Augen bekommen jenen weit offenen Blick in die Ferne, den Kokoschka späterhin bewahrt. „Neapel im Sturm" zeigt die Uebergangsform der gelockerten Feinform in relativer Reife; es ist auf der alten, von Cézanne gebauten Stufe der Entwicklung, ein „schönes" Bild. Etwas wackelig im Formalen, mit leise blühenden Farblasuren, mit leicht kubistischen Detailformen.

Der eigentliche „neue Weg" beginnt erst bei dem Bildnis „zweier Kinder", und geht über die „Windsbraut" zum „Bildnis J. H." und zum „Gefangenen". Die starke Linie und die starke Form setzen wieder ein. Das Ganze wird zu Teilkomplexen zerstückt, von breiten Lichtbahnen durchschnitten, bleibt noch wankend im Großbau; doch es steht als Ganzes in Form und Farbe kräftiger, ja, wie beim „Bildnis J. H.", selbst stark im Rahmen, ruft mit lauter Stimme, mit bestimmtem Ton. Jenes wesentliche Stilelement des neuen Expressionismus, die Kraft, wird deutlich gegenüber den blumig-feinen Frühbildern lebendig. Mag manches Bild, wie etwa die „Windsbraut", noch wankend auseinandersinken, mag manche Einzelform noch klobig und zerstückt sein: im großen ist der Bau ein festerer geworden.

Noch ist bisher nicht mehr erreicht, als Allgemeinstes der Entwicklung. Noch fehlt alles wesentlich Persönliche im Bilde. Da setzt im Jahre 1916 mit den „Auswanderern" der Reifeprozeß bei Kokoschka ein. Die grob zerstückelte Form wird wieder in sich verlebendigt. Eiförmige Gestaltungen beginnen sich durch die Flächen zu winden, mit wurmartiger Bewegung wird das Gebäude übersponnen. Das Gekrümmte und Bewegte des Kleinbaues versucht, die objektive Lebendigkeit der Naturform vom Innern des Gestaltenden her mit Persönlichkeits-Werten zu durchdringen.

Setzt also hier der Reifeprozeß beim Künstler damit ein, daß er sich eine spezifische Form sucht, die sein Gefühl tragen und vermitteln soll, so muß gleichfalls an diesem Punkte beim Schauenden der Anpassungsprozeß an diese spezifische Form einsetzen. Der Reife-Erlebende muß sich, gegen alle inneren Widerstände, dazu zwingen, vorerst willig mitzugehen. Zu versuchen, derartig Ungewohntes nicht als Willkürlichkeit, als Spiel oder gar als gewollte „Beleidigung" zu empfinden; sondern hinter der Form, als deren Träger, ein Gefühl zu suchen und zu finden, das ihr Leben gegeben hat.

Nun erweist die Geschichte, daß körperliche und seelische Reife nicht parallel gehen. Ist der Mensch mit zwanzig Jahren wohl „erwachsen", so pflegt er erst mit Dreißig geistig reif zu sein. Nach diesem Reisepunkt des Dreißigsten liegen, mit verschwindend wenig Ausnahmen, alle großen Kunstwerke der Vergangenheit. Kokoschka, im Jahre 1886 geboren, ist eben erst in diesem Sinne ein „Mann" geworden. Wenn es nicht Tages-Kritik gelten würde, brauchte man nicht mehr zu tun, als seine bisherigen Werke als Etappen zu erleben und zu merken. Und zu warten.

Doch auch die Stunde hat ihr Recht; auch das Wachsende will gepflegt sein, und, aus seelischem Wiederhall, verstärkte Kraft zu weiterem Schaffen holen. So geht man an die „Auswanderer" heran. Nicht mit den Maßstäben, die reifes Kunsterleben der Vergangenheit geerbt hat, sondern mit liebendem Wollen zu werdendem Sein.

Und dieser Gesinnung lohnen die Bilder weit mehr, als jene Werke überreifer Nachfahren eines verklungenen Stiles, die, wie jetzt wieder die Slevogt-Schau, die meisten Ausstellungen zeigen. Die „Auswanderer" werden als Seelenmalerei lebendig. Heißestes Mühen um die Verinnerlichung der Formen spricht aus ihnen. Nicht das kleinste Erleben ist „tot" belassen. Ein Ringen um das Lebendige, ein Schauen aus den Augen, ein Greifen und Tasten der bis auf das Bewegliche des Skeletts durchgefühlten Hände, ein Einbohren in die Form, in das Werdende ihrer Erscheinung wird mit höchstem künstlerischen Ernst gepflegt. Nicht nur im andauernd wellig Zerstückten des Formalen. Auch im Farblichen, das sich mit verstärkter Kraft, bis ins letzte belebt, jetzt zu dicker, wogender, weit aufgetragener Körperlichkeit erhebt, bleibt keine Stelle unempfunden, undurchtränkt, ungeliebt. Eine junge Seele verträumt sich im Bilde. In diesem starkfarbigen, wie in dem schönfarbigen des „Liebespaares mit der Katze", in dem seelisch herausgequälten, vom Innersten her erkämpften, herausgezwungenen der „Freunde". Es bedarf der Gesinnung des Mitlebenden, des Mitstrebenden, des Mit-Künstlers im Beschauer; der Freude an der Geburt des eben erst jetzt Werdenden.

Most, Gährung, fruchtbarer, aufgelockerter Boden. Das Material ist bereitet, die ehedem fest an die Objektivform gebundene Masse verflüssigt, verlebendigt. Jetzt wäre sie noch im Sinne überragenden Gefühles zu formen, zu erbauen. Die vorerst heute noch bestehenden Grenzen, die aber bei begabter Jugend keine schließenden Mauerwände sind, sondern Versprechungen, Verleihungen bedeuten, liegen zutage. Noch ist, entgegen allen „Benennungen" der Bilder, nichts in Kokoschka

Ein Steuerprogramm.

Auf Einladung des deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Schiffer in dem Festsaal der Handelskammer zu Berlin vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Thema „Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik". Er führte u. a. aus:

Wie ist unsere Finanzlage? Die Antwort darauf kann nur lauten: „Unübersehbar". Immer wieder ist im Reichsschatzamt versucht worden, einen Ueberblick über den

Steuerbedarf des Reiches

zu gewinnen. Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen wäre, so hatte man zuletzt im Frühjahr berechnet, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, der der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden Mark belaufen, zusammen also 19 Milliarden Mark, was einem Mehrbedarf von 14 Milliarden Mark gegenüber der Friedenszeit entsprochen hätte. Diese ganze Berechnung ist indes durch die Ereignisse in Scherben geschlagen worden. Neue Momente sind zu berücksichtigen, in erster Reihe die Forderungen, die die Feinde stellen werden.

Eins nur wissen wir vorläufig, wir leben von der Hand in den Mund. Alles ist unsicher, sicher ist nur der Ruin, wenn es so weitergeht, wie es jetzt getrieben wird. Wenn das Wirtschaftsleben zerschlagen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren.

Wenn wir unser Land betrachten, so ist es doch eigentlich eher ein an Naturschätzen armes als reiches Wirtschaftsgebiet. Nach alledem ist es um so notwendiger, daß wir das, was wir haben, festhalten und durch Arbeit vermehren. Das ist auch schon deshalb notwendig, damit wir unsern Kredit stärken. Wie steht es nun aber zurzeit mit dem Arbeiten und dem Sparen? Das Gegenteil des Erwünschten ist der Fall. Wir vergeuden Gelder durch unsachgemäße Staatswirtschaft, und wenn auch nicht etwa die 800 Millionen Mark, von denen in der letzten Zeit so viel die Rede war, in die Taschen der zahlreichen neuen Regierungsorgane geflossen sind, so ist doch tatsächlich sehr viel Geld verausgabt worden, das selbst unter Berücksichtigung der anormalen Verhältnisse nicht hätte verausgabt zu werden brauchen. Dazu kommen die Materialvernichtungen, die Wegnahme von Heeresmaterial durch Plünderungen, unerlaubte Auktionen und dergleichen. Wer sich daran beteiligt hat, hat sich an unserm Volk versündigt. Arbeiten, so sagte ich, müßten wir. In Wirklichkeit sind an der einen Stelle Leute, die nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können, während an anderen Stellen ein Mangel an Arbeitern besteht. Eine richtige Verteilung der Arbeitskraft wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein. Sehr viele Unternehmer sind zu Betriebseinstellungen geschritten, und man kann ihnen das nicht einmal verdenken; denn gerade der ehrliche Kaufmann kann seine Geschäfte nicht auf der Unsicherheit aufbauen. Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen.

Ich sagte schon, daß ich wegen der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse kein Steuerprogramm entwerfen, sondern nur

Steuermöglichkeiten

besprechen kann. Dabei muß ich von allen zahlenmäßigen Ertragsschätzungen absehen. Die direkten Steuern werden, so viel ist gewiß, antiplutokratisch sein; aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Stellung finden, die das Kapital im Wirtschaftleben einnimmt. Bei aller Belastung, die die Steuern bringen werden, dürften sie eine günstige Folgeerscheinung haben: Eine Senkung der Preise. Erwünscht wäre nun, wenn man dem Wirtschaftsleben sehr bald mitteilen könnte, was für Steuern im einzelnen kommen werden; denn ich habe das Gefühl, daß Deutschlands Volkswirtschaft über jede Steuer hinwegkommt, wenn man nur erst ihren Umfang und ihre Art kennt. Es ist indes nicht möglich, schon jetzt Steuergesetze zu erlassen. Dazu ist ein Zusammenwirken mit den Bundesstaaten, eine Beratung mit sämtlichen Interessenten und vor allem die Stimme der Allgemeinheit, wie sie durch die Nationalversammlung dokumentiert werden soll, erforderlich. Ausnahmen sind allerdings möglich und die Vorbereitung für eine solche Ausnahme ist die den Gesellschaften bereits gemachte Vorschrift: 50 v. H. ihres gegenüber der Friedenszeit erzielten Mehrgewinns in die Kriegssteuerrücklage zu tun. Das zeigt bereits an, daß die Kriegsabgabe für 1917/18 im Jahre 1918/19 wiederholt werden muß. Ein neues Kriegssteuergesetz wird, insbesondere unter rückwirkender Kraft vom Jahre 1914 ab, die großen Kriegsgewinne restlos erfassen, die kleineren Ersparnisse hingegen nach Möglichkeit schonen.

Die hohe Besteuerung der Kriegsgewinne entspricht so sehr dem Volksempfinden, daß, weil sie bisher noch nicht restlos durchgeführt ist, von manchen Seiten versucht wird, durch eigenen Eingriff das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Ich meine hiermit, so bemerkte der Redner, die Vorwegnahme der Kriegsgewinne durch sehr hohe Löhne. Das muß ich — wie der Redner scherzhaft bemerkte — als einen Eingriff in meine Zuständigkeit abwehren. Neben der Kriegssteuer wird eine

Vermögensabgabe

kommen, die sich nicht nur nach der Verschiedenheit der Objekte (ob bares Geld, ob Wertpapiere, Grundbesitz, ob Fabrikanlagen) richtet, sondern auch nach der Verschiedenheit der Subjekte (Alter, Arbeitsfähigkeit). Die Vermögensabgabe soll in Raten erhoben werden; und man kann vielleicht daran denken, der Vermögensabgabe teilweise die Gestalt einer Zwangsanleihe zu geben, so daß der Steuerpflichtige für spätere Zeiten mit einem Rückempfang der Abgabe oder einem Teil der Abgabe rechnen kann. Es wird möglicherweise bei der Vermögensabgabe die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden. Ein Beweis dafür, welche Sicherheit der Kriegsanleihe beigemessen wird, und daß man darauf bedacht ist, den Kursstand zu heben.

Als weitere direkte Steuern erwähnte der Redner eine Anpassung der Besitzsteuer an die Vermögensabgabe, einen Ausbau der Einkommen- und Ergänzungssteuer, wobei sicherlich die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reiche vorbehalten und deshalb eine eigene Reichseinkommensteuer geschaffen werden müsse. Sodann wird an eine Betriebssteuer gedacht, die gleichsam an der Quelle hohe Erträge gewerblicher Unternehmungen abfassen solle, an eine Kapitalrentensteuer, wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, an einen Ausbau der Erbschaftssteuer, die auf Abkömmlinge auszudehnen ist und bei deren Höhe auch berücksichtigt werden soll, in welchen Vermögensverhältnissen sich der Erbe befindet. Ein reicher Erbe soll den ihm durch Erbschaft zufallenden Zuwachs an Vermögen höher besteuern, als jemand, der bisher ohne Vermögen war.

Indirekten Steuern

nannte der Staatssekretär als steuerlich zu erfassendes Objekt in erster Reihe den Tabak, und zwar wolle man die Zigarettensteuer, die jetzt von einem Höchstpreis für Zigaretten im Betrage von 7 Pf. für die Zigarette ausgeht (obwohl in Wirklichkeit der Preis der Zigaretten höher ist) entsprechend abändern.

Die Zuckersteuer werde erhöht werden müssen, im Grundstücksumsatz werde an die Stelle der jetzigen vielfachen Besteuerung eine freilich mit einer Erhöhung verknüpfte Vereinheitlichung zu treten haben. Vor allem aber werde die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten, und zwar ist hier auch daran gedacht, die Besteuerung von Luxuserzeugnissen und ähnlichen Gegenständen zu erweitern.

Zur Sicherung aller dieser Abgaben wird eine sehr peinliche Reichsaufsicht erforderlich sein. Hohe Strafen werden gegen Steuerverfehlungen festgesetzt werden müssen, insbesondere soll der, der eine Steuerpflicht verletzt, öffentlich geächtet werden. Gegen die Steuerflucht werden weitere, über die bisherigen Anordnungen hinausgehende Maßnahmen getroffen werden.

Alle Steuern, so groß ihre Liste auch ist, werden freilich nicht ausreichen, um dem Reiche die Tragung der Lasten zu ermöglichen. Vielmehr wird eine

unmittelbare Beteiligung des Reichs

am Wirtschaftsleben notwendig sein, wie wir sie jetzt bereits haben durch den Besitz an Eisenbahnen, durch die Post, durch Bergwerke, durch die Beteiligung an der Stickstoff- und an der Aluminiumgewinnung. So betrachtet, ist die Sozialisierung, von der jetzt so viel die Rede ist, nichts Neues. Diese darf freilich nicht unbegrenzt und schematisch durchgeführt werden. Das würde eine große Gefahr sein, insbesondere auch deshalb, weil man sich damit die Steuerquellen abgraben könnte. Aber die Gefahr liegt in Wirklichkeit nicht vor. Die Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung nur schrittweise durchgeführt werden soll, daß nicht an Experimente gedacht wird und individuell geprüft werden wird, ob die in Frage kommenden Projekte reif sind oder nicht. Ausgeschlossen sind von vornherein Gebiete der Ein- und Ausfuhr und Industrien, deren technische Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Ausgeschlossen ist ferner eine Konfiskation ohne Entschädigung. Als

Monopole

kommen vielleicht das Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung usw. in Betracht. Die Sozialisierung braucht aber nicht immer in der Schaffung von Monopolen zu bestehen, man kann an Beteiligungen des Staates denken, also an die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung, an die Bildung von Syndikaten und Kartellen, wobei der sich hierbei aus der Verbilligung der Produktion ergebende Sondergewinn dem Reiche zufallen könnte.

Der Redner schloß mit einem Appell an das Recht, das auch dem Sieger Pflichten auferlege.

Aus der Partei.

Am 6. Dezember fand in Solingen eine von zahlreichen Personen besuchte Versammlung mit der Tagesordnung: „Wie sichern wir die Errungenschaften der Revolution?" statt. Die Versammlung, die durch Glockengeläute die Arbeiterschaft zusammenrief, war zugleich auch als Protestaktion gedacht gegen die Propaganda alldeutsch-imperialistischer und Zentrumskreise auf Lostrennung von Rheinland-Westfalen vom Deutschen Reich. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Schaal setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der sich die meisten Redner gegen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung wandten. Drei Resolutionen wurden eingebracht. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Schaal, in dem er sich mit den Resolutionen beschäftigte und jene befürwortete, die die baldige Einberufung der Nationalversammlung fordert, schritt man zur Abstimmung. Einstimmig angenommen wurde zunächst nachfolgende, von L. Marx eingebrachte Resolution:

„Die heute im Kaisersaal in Solingen tagende öffentliche Volksversammlung, die von mehreren tausend Männern und Frauen des werktätigen Volkes besucht ist, protestiert ganz entschieden gegen die Sonderbestrebungen der Kölner Zentrumspartei, die auf die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik gerichtet sind. Diese Sonderbestrebungen gelten nicht, wie vorgegeben, dem schnellen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes, sondern diktiert von der Angst um die Geldsackinteressen der besitzenden Klasse. Außerdem will das Zentrum in der Sonderrepublik die klerikale Herrschaft wieder aufrichten.

Die Versammlung verspricht einmütig, vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um die Einheit und Geschlossenheit der deutschen sozialistischen Republik zu erhalten."

Mit großer Mehrheit und unter lebhaftem Beifall angenommen wurde dann folgende Resolution:

„Das Interesse unsers Landes gebietet, keinen Zweifel daran zu lassen, daß die alten Mächte in Deutschland völlig beseitigt sind und daß wir ihnen auch keine Möglichkeit lassen, direkt oder indirekt wieder zur Herrschaft zu gelangen. Die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung ist ein konterrevolutionäres Unternehmen, das wir aufs schärfste bekämpfen werden. Vor der Einberufung der Nationalversammlung muß die Macht der kapitalkräftigsten wirtschaftlichen Beherrscher Deutschlands gebrochen werden. Das kann nur durch die Uebernahme der zur Vergesellschaftung reifen hochentwickelten Industrien geschehen."

Damit war die dritte Resolution, die die baldige Einberufung der Nationalversammlung forderte, gefallen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Anordnung betreffend Aufhebung des Sparzwanges für Jugendliche.

§ 1. Die Verordnung des Oberkommandos in den Marken — Sektion O Nr. 274 027 — vom 6. Juli 1918 über den Sparzwang für Jugendliche wird aufgehoben. Lohnabzüge sind künftig nicht mehr zu machen.

§ 2. Das Sparkassenbuch ist dem Berechtigten sobald wie möglich durch den Gemeindevorstand des letzten der Sparkasse bekannten Aufenthaltsortes des Jugendlichen auszuhändigen. Ein Rechtsanspruch auf die Aushändigung besteht nicht vor dem 1. April 1919.

§ 3. Bis zur Aushändigung des Sparkassenbuches finden die Vorschriften der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 — Sektion O Nr. 274 027 sinngemäß Anwendung. Zur Abhebung eines Guthabens, daß über keinen höheren Betrag als einhundert Mark lautet, bedarf es keiner Genehmigung.

§ 4. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 6. Dezember 1918.

Der Staatskommissar für Demobilmachung.
gez. Koch.

---

lebendig, als Porträt und Landschaft. Die Landschaft, die in der kommenden Kunst des Expressionismus auch nicht den tausendsten Teil jener Bedeutung behalten wird, die sie in den zwei vergangenen Generationen besessen hat, gibt die zahmsten, die leichtesten, die unpersönlichsten Werte Kokoschkas. So reif und schön etwa die „Stockholmer Landschaft" auch ist. — Das „Porträt" aber — das in gleicher Weise wie die Landschaft, wie in allen expressionistischen Stilperioden der Vergangenheit so auch in der Zukunft weit in der Hintergrund zurücktreten wird — ist bei Kokoschka, so sieht zu hoffen, und so weisen auch manche seiner Lithographien, nur Vorstufe zur Reife, Baustein zum „Werk". Weil er jetzt schon, ohne das Modell zum stundenlangen Sitzen zu zwingen, seine Bildnisse „auswendig", von der Seele her, von dem aus, was ihm der lebendige Verkehr mit diesen Menschen als Restwert und Kern ihres Wesens in der Erinnerung läßt; so wird und mag er sich dazu entwickeln, sein zufälligpersönliches Einzelschicksal und damit das Einzelmodell ganz zu überschreiten, vorerst von allgemeinen großen Themen ergriffen zu werden, und dann, aus seinen „Freunden", seelische Ausdrucks-Kompositionen zu bauen, die das eingeine überrufen, und so, von der Individualseele, sei es der Gemalten, sei es des Malers hinweg, zum Ausdruck des allgemein überragenden Gemeinschafts-Seelischen vorwärtsschreiten.

Der Weg zu diesem Ziel ist schwerer als je. Denn wir stehen in einer Zeit, in der sich die Vorreife eines Künstlers doppelt bemerkbar machen muß, da sie auf eine Vorreife nach des ganzen neuen Stiles trifft. Beide sind noch Jünglinge, der Künstler wie seine Zeit. Nichts Festes und sicher Ertungenes der allgemeinen Kunstübung nimmt den Werdenden auf. Er muß zu gleicher Zeit, in einem ringenden Streben, an sich, und am Gesamten bauen. So wird Toleranz von doppelter Wurzel her Gerstes Gebot. „Zusehen können beim Werden und Wachsen, ohne noch Fertiges, letzthin Vollendetes zu verlangen; Anerkennen des Strebens nach Neuem, um des Strebens und des Zieles willen; stetiges Mitgehen auf versuchten Wegen; Liebe zur Entwicklung, Wille zum Werden, helfendes Mitleben wird hier Gebot."

Wahnsinn.

Von Max Ed. Troll.

(Nachdruck verboten.)

Ein Leichenzug geht an meinem Fenster vorüber.

Ich habe den Toten gekannt. Seine Art zu leben und den Kampf um seine Liebe. Unser Zusammentreffen war nur ein Augenblick. Nur ein einzigesmal sahen wir uns. Und das war ohne irgendeine bemerkenswerte Aeußerlichkeit. Dann verlor man sich wieder. Sah sich noch einmal nur von weitem an einem anderen Ort. Die Welt ist ja so klein.

Nun sehe ich ihn heute zum dritten — und letzten Male. Da liegt er zwischen schwarzen Sargbrettern, die mit Blumen und Kränzen reichlich und bunt überdeckt sind.

Ein Schutzmann geht gewichtig gemessenen Schrittes dem Trauerzug voraus. Kinder folgen. Feldgraue Verwundete, die aus dem Lazarett der kleinen Stadt kommandiert worden. Der Kirchenchor folgt und Leidtragende mit schwarzglänzenden Rohrhüten auf dem Kopfe und altmodisch zugeschnittenen Gehröcken. Viele Frauen und Jungfrauen in tiefschwarzen Schleiern. Veteranen von 70 mit wallenden trauerumflorten Vereinsfahnen und viel bunten Ordensbändern an der stolzgeschwellten Männerbrust.

Eine dörfliche Blechmusik spielt den Chopinschen Trauermarsch. Armer Chopin! Auch das Lied vom „Guten Kameraden" muß durch die im Sonnenlicht blinkenden Messingblasrohre hindurch.

Sonnengold liegt über dem Friedhof. Der lehnt sich an Bergabhang an, so daß die Grabdenkmale der oberen Gräberreihe die Stadt der noch Lebenden überschauen.

Das Schicksal des Toten ist ein im Krieg fast alltägliches. Kanonier im Westen bei einer schweren Mörserbatterie. Ein feindlicher Volltreffer. Er wurde verschüttet und im letzten Augenblick — der Tod des Erstickens saß ihm schon in der Kehle. Da wurde er ausgegraben.

Doch schon war die Nacht über ihn gekommen. Und mit ihr ein glückliches Lächeln in seinen Zügen, das ich nie vorher bei ihm gesehen.

Stolz und aufrechten Hauptes ging er im Irrenhaus umher . . . . stolz wie ein Spanier. Zuerst dünkte er sich, Hindenburg zu sein. Dann König von Bayern. Und wenige Tage vor seinem Ableben, als der Wahn seine höchste Höhe erreicht hatte, behauptete er, Kaiser von Deutschland zu sein.

Seine Anverwandten kannte er nicht mehr. Seine Frau, die ihm vordem das höchste Glück auf Erden war, wies er bei einem Besuch auch von sich.

„Was will dies Weib?" brüllte er sie an.

Dann aber lächelte er glückhaft . . . . herablassend seinem Wärter zu. Mit diesem Lächeln ging er ein in die Ewigkeit. Der Krieg war nichts für seine zarten, mitempfindenden Nerven.

Gab es nicht auch für uns alle, die wir das sinnlose Hinschlachten von Millionen schaudernd miterleben mußten, Augenblicke, Sekunden, Minuten, in denen es uns zumute war, als ob sich der Wahnsinn des Krieges an uns emporkrallen würde . . . . uns überfluten . . . . geistig verschütten würde?

Der Kinderchor singt ein Loblied auf den Heldentod. Der Pfarrer preist Gott in der Höhe und seinen unerforschlichen Ratschluß. Der Sarg wird an Seilen in die Erdgrube hinabgelassen. In das Gebet des Pfarrers hinein zwitschert eine Amsel hoch oben im Gezweige einer Silberpappel. Akazien blühen düfteschwer. Samtene Stiefmütterchen leuchten auf den Gräbern auf. Fliederdolden öffnen wonneglerig ihre Kelche. Und Vergißmeinnicht.

Die Musik spielt wieder ein Lied.

Die Trauerversammlung geht auseinander . . . nach allen vier Himmelsrichtungen. Wenige Schritte hinter mir gehen die Musiker und mit ihnen der Dirigent des Kirchenchors. Die lachen und scherzen, als wenn es zu einer Hochzeit ginge. Dazwischen flötet der Herr Dirigent vom Kirchenchor: „Wo trinken wir eins?"

Die Amsel aber singt lustig und munter, als wenn die Welt nur eitel Freude wäre, ihr Liedchen zu Ende. Was kümmern sie auch die Balgereien der Menschheit? Die Blumen duften noch einmal so schwer. Sonnenringelkreise spielen mit den Kräuselwellen des kleinen Flusses, der am Friedhof vorüberfließt. Bienlein summen wonnetrunken von Blüte zu Blüte. Die buntfarbigen Blumen der Wiese am Fluß recken sich der Sonne entgegen.

In der Natur ist Lust und Freude. Nur die Menschen wüteten mitten im Wahn gegenseitiger Vernichtung.

O . . . könnte man sich doch wie Zauberer in alten Märchenbüchern in ein Bienlein oder in eine Wiesenblume oder einen Sonnenstrahl verwandeln, damit man nichts vom Kriege erführe!

Oder wäre ich doch die Amsel hoch oben im Gezweige der Silberpappel! Ich hätte so laut gezwitschert, daß der Kirchenchor mitten im Loblied des Heldentodes stecken geblieben wäre. Und der Herr Pfarrer vor lauter Amselschlag vergessen hätte, Krieg und Gott in einem Atemzug zu lobpreisen . . .

Für die Ordnerschaft der Neuen Freien Volksbühne trägt Elsbeth Bruck Carl Hauptmanns „Krieg" vor. Wegen dieses Tedeums wurde bekanntlich die Vortragende von der alten Regierung längere Zeit in Schutzhaft genommen. Billette à 50 Pf. sind bei allen Ordnern, in der Geschäftsstelle und an der Abendkasse zu haben.

Ueber „Die neue Kunst" (Futurismus, Kubismus, Expressionismus) hält Dr. Ernst Cohn-Wiener drei Lichtbildervorträge am 11., 18. und 21. Dezember, 7½ Uhr, im Saal der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232.

Gewerkschaftliches.

Zur Entlassung neutraler Arbeiter.

Die Umgestaltung des Wirtschaftslebens hat für die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter Unzuträglichkeiten ergeben, die einer schleunigen Regelung bedürfen. Daß bei der Demobilisierung die ausländischen Arbeiter entlassen werden sollten, um den einheimischen Platz zu machen, bezog sich in der Hauptsache auf die Arbeiter, die aus den von uns besetzten feindlichen Ländern stammen. Auch hierbei ist nicht immer mit der notwendigen Sachlichkeit vorgegangen worden. Noch schlimmer ist es, wenn es sich um Arbeiter aus neutralen oder gar verbündeten Ländern handelt. Uns sind Fälle bekannt, wo Arbeiter aus Oesterreich entlassen oder nicht wieder eingestellt worden sind, weil sie Ausländer seien. Diese Leute sind zwar von Vaterseite aus österreichische Staatsangehörige, aber in Deutschland geboren und immer hier ansässig gewesen.

Jetzt hat sich der dänische Gesandte in Berlin an die Generalkommission der Gewerkschaften gewandt mit dem Hinweis darauf, daß auch dänischen Arbeitern, die seit langem hier ansässig sind, nahegelegt worden ist, unser Land zu verlassen. So hat die Direktion der Norddeutschen Metallwerke im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß und Arbeiterrat im Betrieb anschlagen lassen, daß alle beschäftigten Ausländer entlassen werden und sich Arbeit in ihrer Heimat suchen sollen.

Dieses Vorgehen bedeutet in der Praxis eine Aufhebung der Freizügigkeit. Würde allenthalben in dieser Richtung gegen ausländische Arbeiter vorgegangen werden, so würden auch die neutralen Regierungen genötigt sein, gegen die in ihren Ländern ansässigen deutschen Arbeiter in gleicher Weise vorzugehen. Viele deutsche Arbeiter, die im neutralen Auslande ihren Wohnsitz haben und dort ihr Brot finden, kämen auf diese Weise in eine äußerst bedrängte Lage.

Weiter teilt der dänische Gesandte mit, daß die dänischen Arbeiter, die Deutschland verlassen wollen, bei der Heimreise auf Schwierigkeiten bei der Visierung der Pässe stoßen. Das Berliner Polizei-Präsidium verlangt von ihnen, bevor sie die Abreisegenehmigung erhalten, den Nachweis, daß sie ihre Steuern bezahlt haben. Die Generalkommission hält dieses Verlangen für unkunlich, da den Leuten, die unser Land verlassen wollen, keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden dürfen. Es liegt in unserem eigenen Interesse, den Arbeitsmarkt zu entlasten und die Steuerleistung darf deshalb aus sozialen Gründen nicht als Bedingung für die Abreise angeführt werden. Die etwaigen Ersparnisse dieser Leute sind bei dem schlechten Stand unserer Valuta verschwindend, wenn sie in ausländischer Währung umgerechnet werden. Außerdem haben die Leute, in der Heimat angelangt, mit einer längeren Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dem Minister des Innern ist von der Generalkommission bereits Mitteilung in dieser Angelegenheit gemacht worden. Es wäre aber zu wünschen, wenn von der Reichsregierung eine diesbezügliche Anweisung erginge, die im ganzen Reiche Berücksichtigung zu finden hätte.

Inzwischen ist den Arbeiterräten zu raten, gegen ausländische Arbeiter, insbesondere gegen neutrale, nicht in der gerügten schroffen Weise vorzugehen. Dies liegt nicht nur im Interesse der sozialistischen Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der jungen Freiheit.

Groß-Berlin.

Abgelegte Fesseln.

Die jugendlichen Arbeiter, die jahrelang vom Oberkommando dadurch gefesselt waren, daß der Lohn nur in gewisser Höhe ausgezahlt, der andere Teil aber festgelegt wurde, sind durch eine Verordnung von dieser Fessel befreit worden.

Die Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 über den Sparzwang für Jugendliche wird aufgehoben. Lohnabzüge sind künftig nicht mehr zu machen.

Das Sparkassenbuch ist dem Berechtigten sobald wie möglich durch den Gemeindevorstand des letzten, der Sparkasse bekannten Aufenthaltsortes des Jugendlichen auszuhändigen. Ein Rechtsanspruch auf die Aushändigung besteht nicht vor dem 1. April 1919.

Bis zur Aushändigung des Sparkassenbuches finden die Vorschriften der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 sinngemäß Anwendung. Zur Abhebung eines Guthabens, das über keinen höheren Betrag als einhundert Mark lautet, bedarf es keiner Genehmigung.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Auch die Arbeitgeber sind eine Arbeit los und nicht zuletzt wird das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin von einer Ausgabe entlastet, die gar nicht in ihren Aufgabenkreis hineinpaßte.

Furcht vor den Unabhängigen.

In Oranienburg war es, vor den Toren Berlins, wo am Sonntag, den 8. Dezember, eine große Versammlung unserer Partei stattfinden sollte. Eingeladen wurde durch Inserat im „Oranienburger Tageblatt" in folgender Form:

Arbeiter! Soldaten! Parteigenossen!

Immer frecher erhebt die Gegenrevolution ihr Haupt. Zusammenschluß zur Abwehr der drohenden Gefahren ist das Gebot der Stunde.

Erscheint in Massen zu der Versammlung!

die Sonntag, den 8. Dezember, um 2 Uhr nachm., unter freiem Himmel auf dem freien Platz vor dem Schützenhause stattfindet.

Referent: Reichstagsabgeordneter Büchner, Berlin. U. S. P. D., Bez. Oranienburg. Lisowsky, Eden 104.

Das paßte verschiedenen Größen von Oranienburg nicht. Und sonderbar, sehr sonderbar. In derselben Nummer, in der die Ankündigung zur Versammlung stand, unmittelbar unter dem obigen Inserat, prangte ein zweites, das wie folgt lautete:

Soldaten, Arbeiter, Bürger und Bürgerinnen Oranienburgs!

Es findet morgen eine

Versammlung der Spartakusleute

am Schützenhause im Freien statt. Damit sich nicht Vorgänge abspielen, wie in Berlin, bitten wir Euch, dieser Versammlung

unbedingt fern zu bleiben.

Sorgt auch dafür, daß Eure Söhne und Töchter diese Versammlung nicht besuchen. Es gilt Ruhe und Ordnung in unserer Stadt aufrecht zu erhalten.

Der Soldatenrat: Schatz. Sozialdemokr. Mehrheitspartei: Papke.

Demokratischer Verein Oranienburg: Gerling.

Die Herrschaften, die das Inserat unterzeichnet haben, müssen eine furchtbare Angst vor den Unabhängigen, oder wie sie es ausdrücken, vor den Spartakusleuten haben, daß sie diese Warnung erlassen. Noch interessanter ist aber, welche Personen die Warnung unterzeichnet haben. Neben dem Soldatenrat steht der Demokratische Verein Oranienburg, für den Herr Gerling zeichnet und die Sozialdemokratische Mehrheitspartei, für die Herr Papke firmiert. Arm mit Arm mit dem Bürgertum warnt der „Sozialdemokrat" Papke vor dem Besuch einer Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten, verhängt mit dem Bürgertum den Boykott, bevormundet die Bevölkerung. Zur Charakteristik der Abhängigen teilen wir diesen Beitrag mit.

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen.

In der am Freitag, den 6. Dezember, in Neukölln, Passage-Festsäle, vom Hausarztverband einberufenen und zahlreich besuchten öffentlichen Volksversammlung, in der Genosse Dr. Moses über die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit unter stürmischem Beifall referierte, wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Freitag, den 6. Dezember, in Neukölln, Passage-Festsäle, tagende öffentliche Volksversammlung fordert von der Regierung die unverzügliche Inangriffnahme der alten sozialistischen Forderung: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen für die gesamte werktätige Bevölkerung und ihrer Familien!

Die Versammlung fordert ferner ein besonderes Ministerium für Volksgesundheit, welches, aus Fachleuten gebildet, unter ärztlicher Leitung stehend, alle Kräfte und Organisationen zu einem planmäßigen Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege zusammenzufassen hat.

Die Versammlung erwartet von der Regierung die unverzügliche Inangriffnahme einer staatlichen Wohnungsfürsorge, Förderung der Gartenstadtansiedlungen, Bau von Genesungsheimen, durchgreifende Arbeiterschutzgesetzbestimmungen in den Fabriken, Verbot jeder Kinderarbeit, Gewährung eines Erholungsurlaubes für die gesamte werktätige Bevölkerung, Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen, die die Anpreisung und den Verkauf der Mittel verbieten, welche eine Verhütung der Geschlechtskrankheiten verhindern.

Die Versammlung fordert ferner die Aufhebung aller einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen für diejenigen Organisationen, die ihre volle Tätigkeit im Dienste der Volksgesundheit gestellt haben."

Die Invalidenrenten.

Berlin, 7. Dezember. Die Zulagen zu Invaliden-, Witwen- und Witwerrenten aus der Invalidenversicherung und zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung werden unter den bisherigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 1918 weitergewährt werden. Die Zulage soll künftig auch solchen Verletzten gewährt werden, die mehrere Unfallrenten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wenn die Vomhundertsätze zusammengerechnet, mindestens die Zahl 66⅔ ergeben.

Lustige Nachmittage für heimkehrende Soldaten. Auf Anregung der Kommandantur und des Vollzugsrats finden am 13., 14., 17. und 18. d. M., nachm. 3½ Uhr im Bechsteinsaale vier lustige Nachmittage für heimkehrende Soldaten statt. Eine große Anzahl Berliner Bühnen- und Varieté-Künstler hat ihre Mitwirkung zugesagt. Karten an der Billetstelle am Potsdamer Bahnhof (Hauptportal, Zimmer 4) und an der Saalkasse.

Für 100 000 Mark Straußenfedern gestohlen. Eine gefährliche Kletterei machten Einbrecher, die in der vergangenen Nacht die Blumenfabrik von Noubel u. Stern in der Leipziger Str. 82/83 heimsuchten. Die Räume dieses Geschäftes liegen im dritten und vierten Stock. Die Einbrecher benutzten aber nicht die Treppe, um zu ihnen zu gelangen, sondern kletterten an einem Baugerüst vor dem Hause Kronenstraße 31 empor, das mit seinem Hinterlande an das Grundstück Leipziger Straße anstößt. Dann nahmen sie den Weg über die Dächer bis an die Dachrinne des Hauses Leipziger Straße 82/83. Von hier ließen sie sich am Blitzableiter herab, bis sie eine Fahnenstange erreichten. An einem Strick, den sie an dieser befestigten, gelangten sie weiter herab bis zu einem Fenster des dritten Stocks, das sie dann eindrückten, um sich Eingang zu verschaffen. In den Geschäftsräumen erbrachen sie zunächst eine schwere eisenbeschlagene Tür, dann alle Innentüren und die Schränke, darunter auch den Geldschrank. Dieser barg gerade die wertvollsten Vorräte in Rohfedern von Straußen. Mit der sehr wertvollen, aber leichten Beute nahmen sie auch den Rückweg wieder am Seil und Blitzableiter und über die Dächer und das Gerüst. — Auf frischer Tat ertappt und festgenommen wurde ein Einbrecher auf dem Grundstück Brunnenstraße 157. Er hatte in dem Herrenkleidergeschäft von Jaroschinski eine größere Menge Ware zum Mitnehmen schon zusammengepackt, als ein Beamter ihn wahrnahm und dingfest machte. — Zum drittenmal in 6 Wochen von Einbrechern heimgesucht wurde das Herrenkleidergeschäft von Fabisch in der Rosenthalerstraße 2. Für 60 000 Mark Kleidungsstücke aller Art fielen ihnen zur Beute.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist der 19 Jahre alte Student der Philologie Michael Grossig aus der Bochumer Straße 25 geworden. Als man ihn in seinem mit Gas angefüllten Zimmer auffand, war er schon tot. Es liegt ein Unglück vor.

Marienfelde. Protest gegen das Blutbad. Am Sonnabend vormittag fand hier eine Betriebsversammlung der bei der Firma Stock beschäftigten Arbeiter statt, an der auch viele Meister und Angestellte teilnahmen. Die Versammlung war von über 4000 Personen besucht. Ein Mitglied des Arbeiterrates besprach die blutigen Vorgänge am Freitag, die den Anmarsch der Reaktion beweisen. Die Arbeiterschaft müsse verlangen, daß die Urheber der Bluttat zur Rechenschaft gezogen und aufs strengste bestraft würden. Eine Resolution, in der der sofortige Generalstreik für Sonnabend beschlossen wurde, fand einstimmige Annahme. Die bürgerliche Presse hat diese Tatsache zum Teil verschwiegen, zum Teil in verlogener Weise dargestellt. Allen voran geht der „Lokal-Anzeiger" und die „Berliner Volkszeitung". Leider hält es ein Teil der Arbeiterschaft immer noch für notwendig, diese Schmutzblätter zu kaufen, die jetzt über die Revolution die gleichen Lügen verbreiten, wie sie 1914 und später noch das Volk durch Lügen zum Kriege aufgehetzt haben. Arbeiter, die nach Aufklärung verlangen und die Revolution nicht verpennen lassen wollen, müssen Leser der „Freiheit" werden.

Pankow. Vom Mittwoch, den 11. Dezember 1918 ab werden in den bekannten Geschäften auf die Bezugs- und Quittungsabschnitte 72 und 78 der allgemeinen Lebensmittelkarte je 100 Gramm Gries, also auf beide Abschnitte zusammen 200 Gramm zum Preise von 20 Pfennigen ausgegeben. Bei der Abgabe von mehr als 500 Gramm haben die Kaufleute den Pfundpreis von 48 Pfg zu Grunde zu legen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

ERNA MORENA spielt im Tagebuch einer Verlorenen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis U. S. P. D.

Am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

1. Abteilung: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23
2. Abteilung: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23
3. Abteilung: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23
4. Abteilung: Klug, Danziger Straße 71
7. Abteilung: Gliesche, Kopenhagener Straße 74
8. Abteilung: Swinemünder Gesellschaftshaus
9. Abteilung: Riedel, Hussitenstraße 40
10. Abteilung: Larzek, Hussitenstraße 35
11. Abteilung: Wald, Pflugstraße 5
12. Abteilung: Faber, Stephanstraße 11
14. Abteilung: Sand, Beusselstraße 9
15. Abteilung: Lausch, Bredowstraße 35
16. Abteilung: Abraham, Norduser 10
17. Abteilung: Feibel, Kolberger Straße 23
18. Abteilung: Löwen-Brauerei, Badstraße, Ecke Hochstraße
19. Abteilung: Wende, Kolonistraße 147
20. Abteilung: Nebel, Maxstraße 12
21. Abteilung: Pharus-Säle, kleiner Saal
22. Abteilung: Backhaus, Togostraße 3
22. Abteilung: Beier, Müllerstraße 126
22. Abteilung: Fischer, Müllerstraße 113

Am Dienstag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

5. Abteilung: Strauß, Pappel-Allee 25
6. Abteilung: Mila-Säle, Schönhauser Allee 129
13. Abteilung: Arminius-Hallen, Bremer Straße 72/73.

Tagesordnung in allen Versammlungen: **Die Nationalversammlung.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Voranzeige. Am Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr: Kreis-Generalversammlung in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Mittwoch, den 11. Dezember 1918, nachm. 3 Uhr

Branchenversammlung

aller Eisenkonstrukteure, Aufzugsmonteure und Helfer

in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:

1. Wahl des Arbeiterrates für die gesamte Branche.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Besondere Einladungen durch gedruckte Handzettel erfolgen nicht.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

D. O.

Wahlverein Bez. Weißensee U. S. P.

Mitgliederversammlung

am Mittwoch den 11. Dez. abends 8 Uhr im Vereinshaus Charlottenburger Str. 156

Tagesordnung:

Neuwahl der Bezirksleitung.
Bericht der Deputierten des Arbeiterrats.
Verschiedenes.

Die Bezirksleitung.